

Fragen der Modertoren:

Antworten von Rüdiger König, FDP, Wahlkreis 46:

- Was halten Sie von einer Schuldenbremse?

Die Schuldenbremse darf nicht aufgegeben werden, da die Folgen für die nachfolgenden Generationen nicht zu stemmen wären. Diese Entscheidung darf meine Generation nicht für sich alleine treffen. Das wäre egoistisch!

Besser ist der Ansatz, die Mittel bewusster zu investieren um eine Refinanzierung zu erreichen. Ein Beispiel: Investition in die ÖPNV-Infrastruktur stärkt unseren Tagestourismus hier in der Westpfalz. Dadurch nehmen die Kommunen auch mehr Steuern ein, die erneut den Menschen zu Gute kommen können, z.B. für freiwillige Aufgaben wie Schwimmbäder, Theater, etc.

- Welche Schritte wird Ihre Partei gegen den Klimawandel einleiten?

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist hier ein zentrales Thema. Wir wollen diesen Technologieoffen gestalten, weil wir wissen, dass die Möglichkeiten hier noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Wir möchten die Hürden für Gründer abbauen und diese speziell fördern. Außerdem sehe ich in unserem Ansatz der Bildungspolitik weiteres Potential auch für neue Technologien.

Wir wollen den Technologiewandel auf diesem Bereich für die Verbraucher bezahlbar machen. Nur wenn das Angebot vielfältig ist, wird Energie für die Menschen auch bezahlbar. Die frühzeitige Festlegung auf eine Form der Erzeugung schafft Monopole. Deshalb wehren wir uns gegen von der Politik vorgegebene Zwänge!

- Was tun Sie für Freizeitbeschäftigung für Jugendliche auch/gerade aus ärmeren Elternhaus während und nach der Coronazeit
-

Die Coronazeit ist eine Ausnahmesituation, in der Freizeitbeschäftigung für uns alle (auch uns Erwachsene) stark eingeschränkt ist. Im Allgemeinen aber setzen wir hier auf die Kraft unserer Vereine. Wir stärken ehrenamtliches Engagement und gerade mein Ansatz notwendiger Reformen im Bereich der Schulen bringt ein übriges. Denn dort setze ich mich für ein

Ganztagschulkonzept ein, in dem verpflichtend für alle auch ein Freizeitangebot eingebunden ist. Dadurch möchte ich Bewegung, Kreativität und Sozialkompetenz stärken, unabhängig vom wirtschaftlichen und sozialen Status der Kinder und Jugendlichen. Mehr dazu unter www.fdp-kaiserslautern.de

Zuletzt nenne ich nochmals unseren Ansatz des sinnvollen Investierens (Sprichwort Schuldenbremse). Das Land muss richtig haushalten und den Kommunen genug Geld für die sog. Freiwilligen Aufgaben zur Verfügung stellen. (Schwimmbäder, Jugendräume, Skaterbahnen, etc.

- Welche Unterstützung für Jugendlichen mit psychischen Problemen wegen Corona können Sie sich vorstellen?

Wie gesagt: Ausnahmesituation! Einzig richtiger Weg ist erst mal, so schnell wie möglich die Corona-Beschränkungen zu lockern, bzw. aufzuheben, sobald die Situation das zulässt. Ich halte nichts von einer unnötigen Verlängerung der Maßnahmen.

Einen sinnvollen Ansatz sehe ich im Ausbau der Kapazitäten unserer Jugendsozialarbeit und zwar in den Schulen und im Freizeitangebot. Dort könnten Jugendliche geeignete Ansprechpartner finden, die sie während der Pandemie auch telefonisch oder per Video erreichen können, wenn es im Elternhaus brennt.

Leider wurde in diesem Bereich in den letzten Jahren meiner Meinung nach zu wenig getan, weshalb diese Frage auch für künftige Situationen mit ähnlichem Ausmaß beantwortet wird.

- Was tun Sie um den ÖPNV zu verbessern?

Achtung Spoiler! Die FDP hat in der aktuellen Legislaturperiode das neue ÖPNV-Gesetz federführend zum Abschluss gebracht. Darin ist auf der einen Seite ein sog. Kooperationsgebot festgeschrieben, das die Verantwortlichen in Stadt und Kreis zur Zusammenarbeit auffordert. Damit werden gerade Verbindungen zwischen Stadt und Landkreis besser ausgebaut.

Außerdem wird der ÖPNV zur sog. Kommunalen Pflichtaufgabe. D.h. das Land muss den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

- Welches Ihrer Anliegen würden sie für einen Kompromiss in einer Koalition als erstes streichen?

Ich würde gerne keine meiner Themen streichen, da sie mir alle wichtig sind. Vielleicht würde ja ein Kompromiss innerhalb der Themenfelder gelingen. Mir fällt auf, dass die Parteien einige Themenfelder gemeinsam haben. Wieso sich nicht auf einen geeigneten Weg einigen? Wichtiger ist doch, dass sich überhaupt was bewegt und wichtige Themen nicht in der Politik feststecken!

- Was halten Sie vom Werbeverbot von Ärzten für Schwangerschaftsabbrüche?

Ich bin der Meinung, dass eine solche „Dienstleistung“ nicht progressiv beworben werden sollte. Auch wenn ich bei Vorliegen entsprechender Indikationen nicht grundsätzlich gegen eine Abtreibung bin, sollten entsprechende Beratungsangebote die betroffenen Frauen durch diesen Prozess begleiten.

- Welche Hilfen haben Sie für beeinträchtigte Menschen in Schule und Ausbildung?

Mein Ansatz, dass Schule und Ausbildung sich an den persönlichen Neigungen und Fähigkeiten der Menschen orientieren sollte und nicht an durch eine Ideologie vorgegebene Quote, beantwortet diese Frage bereits.

Beeinträchtigte Menschen haben ebenso Fähigkeiten, von denen unsere Gesellschaft profitieren sollte. Diese sollten sie auch einsetzen dürfen um sich selbst ein im Rahmen der Möglichkeiten freies und selbstbestimmtes Leben ermöglichen zu können.

- Sind Sie für ein Wahlalter ab 16 Jahren?

Ja! Wie ich schon während der Veranstaltung sagte, traue ich unserer Jugend die Übernahme dieser Verantwortung zu.

- Wie kann das Land bei der Digitalisierung der Schulen in ärmeren Kommunen helfen?

Ein erster, richtiger Ansatz hat der Bund mit dem Digitalpakt gestartet, der aber in seiner Umsetzung leider nicht ausgereift ist. Eine Bereitstellung von Bandbreite und Endgeräten macht noch keine Digitalisierung. Das Land könnte diesen Pakt sinnvoll ergänzen, z. B. durch Finanzierung von Administratoren, die die Einrichtung der IT-Landschaft und die Netzwerkpflege übernehmen, sodass sich Lehrkräfte voll und ganz auf ihre Kernaufgaben, den Unterricht fokussieren können. Die Lehrkräfte müssen im Bezug auf Online-Unterricht weitergebildet werden und es müssen entsprechende Lernkonzepte erarbeitet werden.

Um den bürokratischen Aufwand für die Kommunen und Schulen gering zu halten, muss die Verantwortung für flächendeckende Digitalisierung unserer Schulen beim Land adressiert werden und nicht bei den Schulträgern.

- Wie können in Coronazeiten Azubis, Praktikanten unterstützt und Ausbildungsplätze gerettet werden?

An der Schule meines Sohnes wurde aufgrund der Pandemie das geplante Praktikum abgesagt. Hierfür habe ich kein Verständnis! Ein qualifiziertes Praktikum erweckt große Chancen auf einen anschließenden Ausbildungsvertrag. Was wir tun können ist, die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sachlich zu beurteilen und nicht länger als unbedingt notwendig aufrecht zu erhalten. Unsere Wirtschaft hat schon zu viel Schaden erlitten. Trotzdem muss ich an dieser Stelle auch erwähnen, dass das Handwerk seit Jahren nicht alle offenen Ausbildungsplätze besetzen kann. Ich werbe dafür, dass bei Jugendlichen und Eltern dieser Berufszweig wieder das Ansehen bekommt, das er verdient. Denn Handwerk birgt viel Potential. Es muss nicht immer ein Studium sein!

- Was halten Sie von einer autofreien Innenstadt?

Ich möchte, dass jeder selbst entscheiden kann, wie er in die Innenstadt kommt. Wenn der ÖPNV, gerade aus dem Landkreis kommend eine vernünftige Alternative zum Individualverkehr bietet, dann werden mehr Leute dieses Angebot nutzen und die Verkehrsbelastung in der Innenstadt automatisch zurückgehen. Das ist auch wichtig für den stationären Einzelhandel, denn wer hat schon Lust seine Einkäufe durch die Stadt zu tragen, wenn der Online-Handel diese an die Haustür liefert.

Fragen von außen:

- Was unternehmen die Parteien, um der stetigen Verschlimmerung der mentalen und psychischen Gesundheit von jungen Menschen entgegenzuwirken?

Die Parteien können hier nur bedingt Verantwortung übernehmen, da die Ursachen für seelische Probleme häufig durch die betroffenen selbst am besten beeinflusst werden können. Natürlich muss der Gesundheitssektor so ausgestattet sein, dass im Bedarfsfall genügend Therapieplätze zur Verfügung stehen. Ich weiß aber, dass seelische Gesundheit zu einem großen Teil auch in der Lebensweise der Betroffenen liegen kann. So sind z. B. ein falscher Umgang mit Sozialen Medien, und eine unausgeglichene Lebensweise oft Auslöser dafür. Deshalb kann die Politik z. B. Angebote wie Medienkompetenztraining in den Schulen weiter anbieten und durch geeignete Alternativen bei den Freizeitangeboten ergänzen (Leider oft freiwillige Aufgaben, die von oben als ersten dem Sparzwang unterworfen werden). Diese Angebote anzunehmen liegt meiner Meinung nach aber stark in der Eigenverantwortung des Einzelnen.

- Würde gerne wissen wieso SCHLAU (schwul lesbische Aufklärung an Schulen) noch kein Pflichtprogramm an Schulen ist?

Falls noch nicht geschehen, sollten dieses Thema definitiv im Rahmen des Sexualkundeunterrichts eingebunden werden.

- Wieso nimmt man weiterhin schlechtere Schulleistungen/ die Gesundheit der Jugendlichen in Kauf, wo aus der Schlafforschung schon seit Langem Empfehlungen kommen, dass der Schulbeginn später starten soll?

In der Grundschule spielt hierbei sicherlich die Betreuungssituation im Elternhaus eine große Rolle. Gerade, wenn beide Elternteile arbeiten.

In der weiterführenden Schule aber sicher ein Aspekt, dem man Rechnung tragen könnte. Wäre in meinem Ansatz der Ganztagschulen sicher gut einzubinden.

- Sind Sie für eine Studie „Rassismus innerhalb der Polizei“ und warum (nicht)?

In jeder Gruppierung, auch in der Polizei gibt es sicher „schwarze Schafe“. Im generellen aber vertraue ich unserer Polizei und sehe keine Notwendigkeit gerade hier eine Studie durchführen zu lassen.

- Was halten sie von zwanghaften Wirtschaftswachstum im Hinblick auf die Klimakrise

Wirtschaftswachstum und Klimaschutz stellen für mich keinen Widerspruch dar. Klimaschutz kostet Geld und dieses Geld kommt nicht zuletzt aus der Wirtschaft. Deshalb bedeutet eine florierende Wirtschaft auch gleichzeitig, dass Mittel für den Klimaschutz aufgewendet werden können.

Investitionen in erneuerbare Energien, alternative Antriebe und -Werkstoffe, etc. sind Innovationen aus der Wirtschaft. Diese zu fördern ist für mich gelebter Klimaschutz.

Nicht zuletzt spielt auch die Eigenverantwortung eines jeden eine entscheidende Rolle. Wer z. B. alle zwei Jahre ein neues Handy braucht oder immer den neuesten Look tragen will, mag Klimaschutz fordern, aber er lebt ihn nicht.

- Was wollen Sie tun, dass Kaiserslautern wachsen kann und die Nachfrage nach Wohnraum und Industrieflächen gestillt werden kann

Die Region Kaiserslautern bietet einen beispiellosen Kompromiss zwischen Wohnqualität im Pfälzerwald und Arbeitsplatzpotential in Tourismus, Gastronomie, Handwerk, Industrie und Zukunftstechnologien. Dieses Potential müssen wir erschließen!

Eine hohe Nachfrage bedeutet auch zwangsläufig, dass potentielle Investoren ein Angebot schaffen wollen. Dies können wir unterstützen, indem die bürokratischen Hürden für neue Projekte in vertretbarem Rahmen bleiben. Eine Mietpreisbremse, wie sie bereits in anderen Städten existiert, ist hier kontraproduktiv.

Im Landkreis gibt es außerdem noch einiges an Potential, auch was den Wohnraum angeht. Eine optimierte Anbindung der ÖPNV-Betriebe Stadt und Land könnte hier die Stadt als Ballungsraum entlasten.

Wir haben mit der TU, dem KI und Unternehmen z. B. aus dem Bereich der alternativen Werkstoffe starke Zugpferde, die das Potential haben, die Region Kaiserslautern weiter als Zentrum dieser Bereiche auszubauen. Das macht uns weiter interessant für Investoren.

- Im Zuge der aktuellen Corona-Maßnahmen haben sich im Bereich des "Home-Schooling" deutliche Defizite sowohl im Bereich technischen Voraussetzungen bei Schulen, Lehrern und Schülern, als auch bei der Ausbildung und der Motivation der Lehrkräfte gezeigt.

Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass die Missstände behoben werden und das Land Rheinland-Pfalz auf solche oder ähnliche Situationen besser vorbereitet ist?

Das was wir heute als „Homeschooling“ bezeichnen, ist für mich nicht wirklich Schooling. Das Ziel muss es sein, den Präsenzunterricht zu 100% nach Stundenplan auch digital durchführen zu können. Eine Situation wie wir sie aktuell erleben, kann und wird sich wiederholen. Deshalb müssen wir die Zeit und diese Erkenntnisse nutzen.

Auch außerhalb von Ausnahmesituationen kann in höheren Klassenstufen ein bestimmter Teil des Unterrichts digital, also als Videochat stattfinden, da dies auch das Meetingverhalten im modernen Berufsleben gut repräsentiert.

Weiteres siehe oben (Punkt Digitalisierung der Schulen).

- Bei dem laufenden Lockdown und dem damit verbundenen "Home-Schooling" und dem "mobilen Arbeiten" hat sich gezeigt, dass in weiten Gebieten unserer Region, die notwendige Breitbandversorgung unzureichend ist. Was planen Sie konkret dagegen zu unternehmen und wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass die Kosten für die Nutzer bezahlbar bleiben?

„Nicht lang schnacken, Kopp in ´n Nacken!“. Es muss nun endlich ausgebaut werden und zwar mit dem Ziel 100% Abdeckung mit ordentlichen Bandbreiten. Das Netz muss mehreren Anbietern zugänglich gemacht werden um einen offenen Wettbewerb zu schaffen und erschwingliche Angebot zu erhalten.

- In unserer Gesellschaft und der Parteienlandschaft ist zunehmend eine Tendenz zum (rechts-) Populismus und zur Verschiebung von radikalen und moralisch nicht mit einem freiheitlich, demokratischen Staat vertretbaren Aussagen (z.B. Kommentare in Bundes-/Landtagsdebatten oder sozialen Netzwerken) und Taten (z.B. Benehmen und Aktionen von AfD-Gästen im Bundestag) in die Mitte der Gesellschaft zu beobachten. Was planen Sie im Rahmen Ihrer zukünftigen Funktion als Landtagsabgeordneter dagegen zu unternehmen?

Der Zulauf der Randparteien generiert sich großteils aus Protestwählern, die sich in der aktuellen Politik unseres Landes nicht ausreichend repräsentiert sehen. Deshalb ist es elementarer Bestandteil meines Programms, der Meinungsfreiheit mehr Raum zu geben. Nur wenn wir Themen nicht tabuisieren und die Diskussion zulassen, finden sich die Menschen in der Politik wieder. Damit nehmen wir dem Populismus seine Daseinsberechtigung.

Die Tatsache, dass Randparteien in den Parlamenten vertreten sind, ist hauptsächlich ein von der Politik hausgemachtes Problem. Ich möchte, dass die Parteien der Mitte in diesem Punkt zusammenarbeiten um die Randparteien aus den Parlamenten zu entfernen. Das geht nur, wenn wir alle Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen.

- Das niedrigste Durchschnittsalter im Deutschen Bundestag lag 1972 bei 46,6 Jahren, das höchste 1961 mit 52,3 Jahren. Viele Jugendliche, Erstwähler und junge Erwachsene fühlen sich von der Politik nicht wahrgenommen, nicht repräsentiert oder nicht verstanden. Sie haben das Gefühl, dass aktuelle Politik nicht immer für sie gemacht wird. Können Sie das bitte kommentieren und was denken Sie qualifiziert Sie, die Interessen von jüngeren Wählern zu vertreten?

Mit 44 Jahren fühle ich mich noch recht jung und meine Jugend ist für mich noch in greifbarer Nähe. Durch meine Ehrenamtlichen Tätigkeiten, auch als Jugendtrainer in meinem Fußballverein bekomme ich oft das Feedback nah an der Jugend zu sein. Außerdem sehe ich in der Jugend unsere Zukunft und nur wenn wir sie verstehen und ernst nehmen, gestalten wir

auch unsere Zukunft positiv. Im übrigen bezeichnen mich auch Freunde meiner Söhne öfter mal als „fresh“... 😊

- Ich beginne zeitnah mein duales Studium bei der Polizei Rlp, daher ist für mich Interessant, inwiefern neben einer verbesserten Ausbildung und Ausrüstung auch Erhöhungen des Gehalts geplant sind bzw wie die Kandidaten dazu stehen

Die Aufgaben der Polizei gerade im Bereich der inneren Sicherheit haben sich stark verändert. Die psychische Belastung der Beamten ist stetig steigend, weshalb diese auch entsprechend begleitet werden müssen. Gerade im Bereich der Wirtschafts- und Internetkriminalität werden Spezialisten benötigt, die besondere Kenntnisse einbringen. Dies bedingt auch die Notwendigkeit einer Besserstellung der Beamten. Selbstverständlich müssen Ausbildungsstand und Ausrüstung der Polizei stetig an die sich ändernden Situationen angepasst werden.

Fragen an einzelne Kandidaten/innen

- An Paul Bunjes
 - Ich wüsste gerne von Paul Bunjes
Ob er für eine Robotersteuer ist.
Und ob er glaubt, dass diese dem Produktivitätswachstum schaden würde.

Eine Robotersteuer wäre nicht zielführend! Die Absicht, die Einnahmen umzuverteilen würde scheitern, da die Firmen wahrscheinlich in Richtung Ausland verlagern würden. Das der Strukturwandel kommt, wissen wir schon über 20 Jahre. Anstatt den Arbeitnehmern Angst vor der Globalisierung zu machen und diese als nur Arbeitsplatzschädigend darzustellen, hätte man den ihnen schon lange entsprechende Weiterbildungs- und Umqualifizierungsangebote machen sollen um mit dem sich verändernden beruflichen Umfeld mithalten zu können. Auch die KI und die Digitalisierung bieten noch genügend interessante Aufgaben mit denen man seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Zuletzt ist die berufliche Weiterbildung in Eigeninitiative auch ein Teil der von mir angesprochenen Eigenverantwortung eines jeden.

- An Rüdiger König
 - Sie haben von einer Neudefinierung der sozialen Gerechtigkeit gesprochen.
Was verstehen sie darunter?

Die Sozialsysteme kosten Geld und das muss erwirtschaftet werden. Die Zahl der Leistungserbringer und Leistungsbeziehern muss deshalb verhältnismäßig sein. Das bedeutet, dass wir in unserem Verständnis von Sozialer Gerechtigkeit besser differenzieren müssen. Die, die wirklich Hilfe brauchen (Alleinerziehende, Familien mit geringem Einkommen, weil nur ein Elternteil arbeiten kann, etc.) müssen besser gestellt werden als bisher. Die, die sich selbst versorgen könnten müssen Anreize und Hilfe bekommen, das zu tun.

Die Arbeitnehmer, die in die Sozialversicherung einzahlen, dürfen nicht weiter belastet werden. Der Anreiz, Leistung zu erbringen muss erhalten, bzw. gesteigert werden.